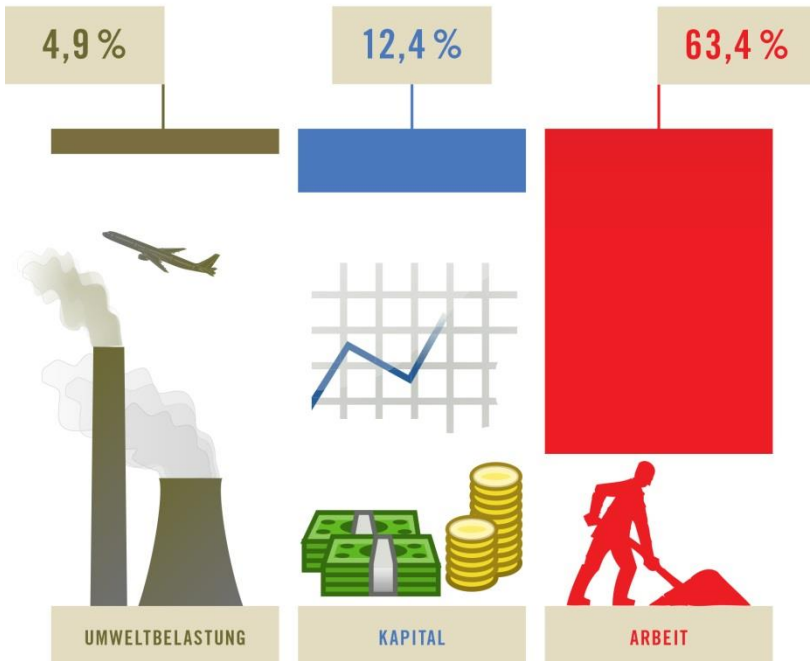


WOHER DER STAAT

SEIN GELD BEKOMMT

Steuern & Abgaben 2014 auf ...



ANTEIL DER STEUERN & ABGABEN AUF ARBEIT, KAPITAL & UMWELTBELASTUNG AM GESAMTAUFKOMMEN DES STAATES. DIE ÜBRIGEN 19,4% ENTFALLEN AUF SONSTIGE STEUERN & ABGABEN.

SINN UND ZWECK EINER ÖKOLOGISCHEN FINANZREFORM

Weichen stellen für eine Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft

Heutzutage befinden sich Menschen oftmals in einem Dilemma: Zwischen ihren Moralvorstellungen und ihrem Geldbeutel. Wer sich ökologisch und sozial verhält, wird dafür bisher meist finanziell bestraft. Weder für Unternehmen, noch für Verbraucher_innen sagen Preise heute die Wahrheit über die wahren Kosten für Umwelt und Gesellschaft.

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft plädiert daher für ein Umsteuern. Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung müssen teurer werden und die Abgabenlast auf Arbeit sinken. So setzen wir die richtigen Anreize für mehr Beschäftigung sowie den effizienten Einsatz begrenzter natürlicher Ressourcen.

Woher der Staat sein Geld bekommt

Jede_r zahlt Steuern, egal ob beim Einkaufen, Tanken oder Heizen. Steuern sind die wichtigste Einnahmequelle des Staates und werden benötigt, damit der Staat seine Aufgaben für das Gemeinwohl erfüllen kann. Dieses Geld nimmt der Staat ein, indem er Steuern, Abgaben, Gebühren und Beiträgen erhebt - auf die unterschiedlichen Faktoren Arbeit, Kapital und natürliche Ressourcen/Umweltbelastung. Beim Faktor Arbeit werden neben Einkommensteuern auch Sozialversicherungsbeiträge fällig, zum Faktor Kapital zählen beispielsweise Vermögen- oder Körperschaftsteuern, unter Umweltsteuern fallen Steuern auf Energie- und Ressourcenverbrauch.

Je nach der Höhe der einzelnen Abgaben und Steuern verändert sich das Verhältnis der Steuerfaktoren zueinander. Damit entscheidet der Staat, welche Produktionsfaktoren relativ günstig und welche relativ teuer sind: Hohe Steuern und Abgaben auf einen Faktor machen diesen unattraktiv - niedrige Sätze umso beliebter. Liegen die Lohnkosten beispielsweise recht hoch, werden Arbeitsplätze teurer. Das ist für Unternehmen, aber auch für Beschäftigte und Arbeitslose ein Nachteil; denn es werden tendenziell weniger Arbeitsplätze geschaffen oder bestehende abgebaut.

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) wertet jedes Jahr die Einnahmen der öffentlichen Haushalte und Sozialkassen in Deutschland aus und untersucht, wie diese erzielt werden. Dabei zeigt sich, dass der größte Anteil der Einnahmen aus Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit stammt. Im Jahr 2013 entfielen 62,5 Prozent der Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit, 12,8 Prozent waren Steuern und Abgaben auf Kapital und 5,1 Prozent auf Umweltbelastung.

Arbeit muss entlastet, Umweltverschmutzung verteuert werden

Der Staat erhält den Großteil der Staatseinnahmen, indem er Lohn und Arbeit besteuert. Steuern und Abgaben auf Umweltbelastung spielen hingegen kaum eine Rolle. Die Folge ist, dass Arbeitsplätze in Deutschland relativ teuer sind und Umweltverschmutzung relativ günstig ist. Das verwundert: Sollte der Staat nicht eigentlich ein Interesse daran haben, positive Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung sowie Anreize für umwelt- und klimafreundliches Verhalten zu schaffen? Das FÖS hält es daher für notwendig, Steuern auf Umwelt- und Ressourcenverbrauch zu erhöhen. Dies folgt dem Verursacherprinzip: „Wer Ressourcen verbraucht oder Umwelt verschmutzt, zahlt dafür“. Durch die wirtschaftliche Logik möglichst kostengünstiger Produktion werden so Anreize geschaffen, Ressourcen einzusparen und Umweltverschmutzung zu verringern. Durch die so erzeugten Einnahmen können gleichzeitig die Steuern und Abgaben auf Arbeit zu gesenkt werden.

Der Anteil an Umweltsteuern an den Staatseinnahmen ist in den vergangenen Jahren stetig gefallen. Im Jahr 2003, nach der Ökologischen Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung, lag der Anteil bei sechs Prozent und sank kontinuierlich, so dass wir inzwischen wieder unter dem Niveau vor der Reform 1998 liegen.

Ein Grund liegt darin, dass Umweltsteuern auf eine gekaufte Mengeneinheit erhoben werden. Beispielsweise wird auf jeden Liter Benzin ein fester Energiesteuersatz von 65,45 Cent aufgeschlagen. Während der Benzinpreis mit der Inflation wächst, bleibt der Steuersatz gleich - die Steuer wird also jedes Jahr durch die Inflation entwertet. Steuern wie die Mehrwertsteuer oder die Einkommensteuer funktionieren anders: Sie richten sich nicht nach Menge, sondern nach dem Preis des Guts und wachsen automatisch mit der Inflation bzw. der Lohnentwicklung. Ohne entsprechende politische Gegenmaßnahmen wird Umweltbelastung - inflationsbedingt - im Verhältnis also immer günstiger.

Die Bundesregierung ist gefragt

Die Regierungskoalitionen der vergangenen Jahre haben verschiedene Maßnahmen umgesetzt, die Wirkung auf die Umweltsteuern hatten.

Die größte Reform für mehr Steuern auf Umweltbelastung war die Ökologische Steuerreform in den Jahren 1999 bis 2003, bekannt unter dem Stichwort „Ökosteuern“. Es wurden die Energiesteuern erhöht und die Stromsteuer eingeführt, um gleichzeitig die Rentenbeiträge zu senken. Dadurch wurde über mehrere Jahre hinweg weniger und sparsamer Auto gefahren und gleichzeitig die Arbeitslosigkeit effektiv bekämpft.

Auch die nachfolgenden Regierungen haben ökologische Elemente in das Steuersystem integriert. Beispielsweise 2005 mit der Einführung einer LKW-Maut oder 2011 mit einer

Luftverkehrsteuer. Trotzdem sind weitere Maßnahmen immer noch dringend notwendig, damit der Anteil von Umweltsteuern nicht weiter absinkt und damit Anreize für Umweltschutz und mehr Beschäftigung zunichthemacht.

Vorschläge für eine ökologische Steuerpolitik

Das FÖS setzt sich für die konsequente Weiterentwicklung unseres Steuersystems nach ökologischen und sozialen Maßstäben ein. Unser Konzept einer ökologisch-sozialen Steuer- und Finanzreform würde bei seiner Umsetzung mittelfristig ein Aufkommen von jährlich rund 50 Milliarden € einbringen. Hierzu würden bestehende Umweltsteuern und -abgaben erhöht, weitere Steuern wie die Grundsteuer nach Umweltkriterien ausgestaltet und umweltschädliche Subventionen abgebaut.

Mit der Hälfte des zusätzlichen Aufkommens sollen die Sozialversicherungsbeiträge gesenkt werden. Die andere Hälfte steht zur Schuldentilgung (nachhaltige Haushaltspolitik), für die Aufstockung klimaschutzorientierter Förderprogramme sowie für eine soziale Flankierung zur Verfügung. So könnte der Anteil der umweltbezogenen Steuern von 4,2 auf 7,8 % ansteigen. Die Veränderung wäre damit doppelt so stark wie bei der ersten Ökosteuer-Reform von 1999 bis 2003.

- Das ausführliche Hintergrundpapier „Zuordnung der Steuern und Abgaben auf die Faktoren Arbeit, Kapital, Umwelt“ finden Sie online unter:
www.foes.de/steuerstruktur/.

Mitglied werden

Sie wollen Mitglied beim FÖS werden? Das geht ganz unkompliziert über unsere Webseite unter: www.foes.de/mitglied-werden/.

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS)

Schwedenstraße 15a | 13357 Berlin

Fon 030/76 23 991-30 | Fax 030/76 23 991-59

www.foes.de | foes@foes.de

 www.facebook.com/foes.news

 www.twitter.com/foes_news

 www.youtube.com/foesnews